

TAGUNG

„Alternative Europa!": eine Vision der Generation Zukunft

Steffen Jäger, Jana Schubert und Richard Steinberg*

Angesichts vieler Herausforderungen, denen sich die Europäische Union (EU) und die europäischen Gesellschaften in jüngster Zeit gegenübersehen, sind in den letzten Jahren viele Initiativen und Projekte entstanden, die Antworten auf akute Probleme und langfristige Visionen für Europa suchen. Doch während sich europaskeptische und populistische Kräfte zunehmend formieren und organisieren, fehlt es oftmals an einer übergreifenden Debatte zwischen diesen proeuropäischen Initiativen. Um gemeinsam an Zielen und Visionen für ein Europa der Zukunft zu arbeiten, wurde das Projekt „Alternative Europa!“ (ALTEU!) initiiert. In diesem Projekt, das darauf zielt, ein dauerhaftes Netzwerk zu etablieren, haben junge VertreterInnen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik an einem Manifest für ein Europa der Zukunft¹ sowie an Diskussionspapieren mit konkreten Visionen und Handlungsempfehlungen für einzelne Politik- und Themenfelder gearbeitet.

Außenpolitik der EU: Responsibility to Care (R2C)

Zu Beginn stand die Frage nach der globalen Akteursqualität der EU. Als Impuls für die Diskussion präsentierten *Franziska Petri* und *Daniel Schade* die ALTEU!-Vision für die EU als internationaler Akteur. Sie begannen mit einer Problemanalyse, die systemisch die hohe Komplexität sowie die mangelhafte demokratische Legitimation der EU-Außenpolitik

„Alternative Europa!“ – Europa als Vision 60 Jahre nach den Römischen Verträgen

Institut für Europäische Politik e.V. (IEP)

Mit freundlicher Unterstützung des Auswärtigen Amtes und des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. (AEI)

7./8. Dezember 2017, Berlin

Begrüßung und Einführung

Prof. Dr. Mathias JOPP, Institut für Europäische Politik, Berlin

Prof. Dr. Wolf SCHÜNEMANN, Universität Hildesheim

EU goes global – EU als internationaler Akteur

Moderation: Prof. Dr. Mathias JOPP, Institut für Europäische Politik, Berlin

Vorschlag einer Vision

Franziska PETRI, Universität Heidelberg

Dr. Daniel SCHADE, Project for Democratic Union, Berlin

Stellungnahmen

Dr. Clemens KOHNEN, Auswärtiges Amt, Berlin

Dr. Niklas HELWIG, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Kommentar: Susanne ZELS, Polis180, Berlin

Welche Rolle spielt die Digitalisierung für die Visionen eines Europas der Zukunft?

Moderation: Prof. Dr. Wolf SCHÜNEMANN, Universität Hildesheim

* Steffen Jäger, Institut für Europäische Politik, Berlin.
Jana Schubert, Institut für Europäische Politik, Berlin.
Richard Steinberg, Universität Hamburg; Institut für Europäische Politik, Berlin.

1 Alternative Europa!, Constanze Aka et al.: Manifest für ein Europa der Zukunft, 2017, abrufbar unter: https://alternative-europa.de/wp-content/uploads/sites/165/2017/12/ALTEU_Manifest.pdf (letzter Zugriff: 19.2.2018).

offenlegte und die Inkonsistenz gegenüber einzelnen mitgliedstaatlichen Außenpolitiken kritisierte. Konsequenterweise strebt die Vision des ALTEU!-Teams ein kohärentes außenpolitisches Handeln der Union durch den Transfer des Politikfeldes in die Gemeinschaftsmethode sowie eine Reform der außenpolitischen Kompetenzverteilung zwischen der supranationalen und der mitgliedstaatlichen Ebene an, wodurch entwicklungs- und klimapolitische Kompetenzen gänzlich auf die EU-Ebene übertragen werden könnten. Mehr außenpolitisches Mitspracherecht des Europäischen Parlaments würde zudem die demokratische Legitimation des außenpolitischen Handelns der EU stärken. Institutionell schlägt ALTEU! unter anderem die Bildung eines außenpolitischen Kabinetts vor, bestehend aus den EU-Kommissaren mit externen Kompetenzen sowie den höchsten Verantwortlichen des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Insgesamt solle sich das außenpolitische Handeln der EU an dem Leitbild der Responsibility to Care (R2C) – einer proaktiven, wertebasierten, nachhaltig und partnerschaftlich ausgerichteten Außenpolitik² – orientieren.

Anschließend gab *Clemens Kohnen* zu bedenken, dass eine Vergemeinschaftung der europäischen Außenpolitik eher die Kommission denn das Europäische Parlament stärken würde. Sie könne sogar zu weniger Kohärenz unter den mitgliedstaatlichen Außenpolitiken führen, da regelmäßige Abstimmungen der nationalen außenpolitischen Akteure entfielen. Die Vision eines außenpolitischen Kabinetts sowie vermehrter außenpolitischer Kohärenz zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten befürwortete Kohnen indes.

Die Beurteilung der Vision aus der wissenschaftlichen Perspektive nahm *Niklas Helwig* vor, der zunächst eine allgemeine Abkehr der europäischen Außenpolitik von ihrem wertgebundenen Transformationsanspruch hin zu

Vorschlag einer Vision: Benjamin BERGEMANN, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin

Stellungnahmen

Prof. Niko HÄRTING, Kanzlei Härtling, Berlin
Anja TÜRKAN, Referentin für Onlinekommunikation und Digitale Strategie, CDU-Bundesgeschäftsstelle, Berlin

Nachhaltige Wirtschaft in Europa?

Moderation: Elisabeth WEISSWANGE, European Horizons, Brügge

Vorschlag einer Vision: Timo STOCKHORST, Junge Europäische Föderalisten, Saarbrücken

Stellungnahmen

Susanne WIXFORTH, Deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin
Martin SPEER, Herr & Speer, Berlin
Philipp STÄNDER, Jacques Delors Institut – Berlin

Eine europäische Sozialpolitik: Zukunftsmodelle zwischen Solidarität und Austerität

Moderation: Angelika SCHENK, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin

Vorschlag einer Vision: Patrick MESENBROCK, European Horizons, Berlin

Stellungnahmen

Prof. Dr. Gabriele ABELS, Universität Tübingen
Dr. Marcus FABER, MdB, Deutscher Bundestag, Berlin
Prof. Dr. Björn HACKER, Hochschule für Technik und Wirtschaft, Berlin

Zusammenfassung und Ausblick

Dr. Frédéric KRUMBEIN, Arbeitskreis Europäische Integration, Berlin
Sebastian ZEITZMANN, Europäische Akademie Otzenhausen, Nonnweiler

Visionen für ein Europa der Zukunft

Moderation: Constanze AKA, Institut für Europäische Politik, Berlin

Vorschlag einer Vision: Manuel GATH, Junge Europäische Föderalisten, Berlin

2 Carmen Gerstenmeyer/Christian Kiefer/Franziska Petri/Daniel Schade/Elisabeth Weisswange: EU goes global: Die Europäische Union als internationalen Akteur stärken!, Alternative Europa!: Diskussionspapier 1/2017.

stabilisierenden Aufgaben feststellte. Ein Handlungsfeld für Visionen respektive Reformen erkannte er in der europäischen Verteidigungspolitik und erinnerte mit Blick auf die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit an den jüngst beschlossenen Handlungsrahmen in diesem Politikbereich. Hinsichtlich der ALTEU!-Vision eines außenpolitischen Kabinetts betonte Helwig die Notwendigkeit der guten Vernetzung mit den Mitgliedstaaten.

Susanne Zels kommentierte die Vision einer global agierenden Union unter den Aspekten europäischer Identität und der Legitimität außenpolitischen Handelns der EU. Dabei schlug sie die Erweiterung der europäischen Narrative Frieden und Freiheit um die Narrative Solidarität und Sicherheit vor. Unter dem Narrativ der Sicherheit fasste sie nicht nur außen- und sicherheitspolitische Themen, sondern auch solche der sozialen Sicherheit. Insbesondere in diesen Bereichen könne sich eine neue Rolle für die EU entwickeln, da die aktuellen Herausforderungen häufig einer supranationalen Lösung bedürfen. Mit Blick auf die europäische Identität forderte sie, dass die Vielfalt der EU auch in ihrer Außenpolitik aufrechterhalten wird.

Die RednerInnen und das Publikum diskutierten im Anschluss vor allem die vorgeschlagene Reform der Kompetenzverteilung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten sowie die Rückkopplung der EU-Außenpolitik an die europäischen BürgerInnen.

Digitalisierung – eine Geisteshaltung?

Das „Internet der Dinge“, über Apps vermittelte Dienstleistungen, die Dominanz der sogenannten Big Five (Apple, der Google-Mutterkonzern Alphabet, Microsoft, Amazon und Facebook) sind Schlagworte, die einerseits einen gesellschaftlichen Wandel benennen, andererseits aber auch den Regulierungsbedarf seitens des (europäischen) Gesetzgebers aufzeigen. *Benjamin Bergemann* verdeutlichte, dass vor allem die Datenschutzpolitik kein junges Politikfeld, sondern bereits in den

Stellungnahmen

Dr. Alexander Frhr. KNIGGE, Pulse of Europe, Berlin

Christian MOOS, Europa-Union Deutschland, Berlin

Doris PACK, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments, Brüssel

Präsentationen des Manifests in Form eines Vision Slams

Moderation: Richard STEINBERG, Universität Hamburg; Institut für Europäische Politik, Berlin

Arbeitsgruppe Lebenssicherheit

Anne BRUCH, Universität Braunschweig

Tatjana KUHN, Centre international de formation européenne, Berlin

Arbeitsgruppe Nachhaltige Wirtschaft

Constanze AKA, Institut für Europäische Politik, Berlin

Arbeitsgruppe Außenpolitik

Carmen GERSTENMEYER, Alternative Europa!, Paris

Arbeitsgruppe Europäische Identität

Manuel GATH, Junge Europäische Föderalisten, Berlin

1960er Jahren mit den aufkommenden technischen Innovationen mitgedacht worden sei. Er machte anschaulich, dass die EU die adäquate Ebene darstellt, um Datenschutz effektiv zu regulieren. Dem stimmte *Niko Härting* zwar zu, forderte aber gleichzeitig eine relevantere und vor allem zeitgemäßere Rechtsetzung aus „Brüssel“. Er zeigte, dass die jüngst beschlossene Datenschutzgrundverordnung der EU hinsichtlich ihres Regelungsbereichs bereits veraltet ist, bevor sie ab Mai 2018 angewendet wird. Generell beabsichtige die EU mit der Verordnung, sich als Vorreiterin im Bereich des Datenschutzes zu etablieren und dadurch – bislang mit wenig Erfolg – einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den USA zu erzielen.

Anja Türkan gab Einblicke in die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung für die aktive Politik. Sie warnte, dass Deutschland hinsichtlich der Gestaltung von Digitalisierung immensen Aufholbedarf habe,

beispielsweise im Bereich der digitalen Verwaltung, der Fin-Tech- und Start-up-Branche sowie im Gesundheitswesen. Dabei dürften ältere Generationen nicht zurückgelassen werden.

In der anschließenden Diskussion appellierte Bergemann an die Europäische Kommission, Datenschutz weiterhin als Marktvorteil zu verstehen, beispielsweise im Bereich des Cloud-Computing. Türkan verdeutlichte anhand des Beispiels der Cybersecurity, dass bestimmte digitale Themen in jedem Fall auf EU-Ebene behandelt werden sollten. Aus Sicht der Parteien zeigte sie auf, dass die Digitalisierung des Wahlkampfs während der Bundestagswahlen 2017 bereits stattgefunden hat und künftig weiter voranschreiten wird. Allerdings werde das im Wahlkampf praktizierte Mikro-Targeting der WählerInnen niemals ein Ausmaß wie in den USA erreichen. Bei diesem Aspekt zeigte sich das Publikum insbesondere an den potentiellen Chancen interessiert, welche die Digitalisierung für die Demokratisierung der nationalen und europäischen Politik bietet. Abschließend unterstrich Bergemann, dass immer wieder der Nutzen der Digitalisierung mit dem Gut der Privatheit abgewogen werden müsse. Dabei sei wichtig, die kollektive Ebene mitzudenken – ein klarer Appel, Daten vor allem für das Gemeinwohl zu nutzen.

Von der Wegwerfgesellschaft zur Kreislaufwirtschaft

Die enormen Herausforderungen, mit denen sich die EU durch Klimawandel, Technisierung, Strukturwandel und die damit verbundenen Veränderungen für Arbeit und Wirtschaft konfrontiert sieht, waren die Themenschwerpunkte des dritten Panels. *Timo Stockhorst* fasste eingangs die Ergebnisse des ALTEU!-Projekts im Bereich „nachhaltige Wirtschaft“ zusammen.³ Es wurden drei Herausforderungen identifiziert, die unmittelbar

miteinander verknüpft sind: der Klimawandel, die Technisierung (im Zuge der Digitalisierung) und der soziale Strukturwandel. Allen drei Themenbereichen seien sowohl die Notwendigkeit nachhaltigen Wirtschaftens als auch die damit verbundenen Chancen und Potenziale gemein, wobei der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Neudefinition von (Lohn-)Arbeit im Vordergrund stünden.

Die DiskutantInnen schlossen sich der These an, in den Herausforderungen nicht nur Handlungsnotwendigkeiten, sondern auch Veränderungsmöglichkeiten zu erkennen. *Susanne Wixforth* verwies mit der Aussage „No jobs on a dead planet.“ auf die gegenseitige Abhängigkeit von Umwelt und Arbeit. Sie bemängelte, dass sich die Industrie in Deutschland nicht ausreichend am Ausbau der erneuerbaren Energien beteilige und auch der Netzausbau nur schleppend vorankäme. Des Weiteren plädierte Wixforth dafür, die Möglichkeit zur Neudefinition und Neubewertung von Arbeit, besonders mit Blick auf den Niedriglohnsektor, so schnell wie möglich zu ergreifen und eine Debatte darüber anzustoßen. *Martin Speer* hob die Mobilität als Grundvoraussetzung für nachhaltiges Wirtschaften hervor, da diese den Austausch von Ideen und Erfahrungen erst ermögliche. Um Menschen den Zugang zu neuen Perspektiven und Ideen zu ermöglichen, präsentierte er die Initiative „Free Interrail“, die darauf zielt, UnionsbürgerInnen aus Anlass ihres 18. Geburtstags ein kostenloses europäisches Interrail-Ticket zur Verfügung zu stellen.

Philipp Ständer sprach sich – ausgehend von der These, dass sich der Strukturwandel in einer globalisierten Welt über Landesgrenzen hinweg vollziehe – für neue Entscheidungsstrukturen auf regionaler Ebene aus. Dabei solle sich Europa nicht darauf beschränken, bereits bestehende Innovationen zu fördern, sondern zusätzlich neue Innovationspotenziale analysieren und entsprechend gezielt unterstützen.

3 Constanze Aka/Julian Schwartzkopff/Timo Stockhorst: Jetzt die Weichen stellen: Nachhaltig wirtschaften, sinnvoll arbeiten, Alternative Europa!: Diskussionspapier 2/2017.

In der anschließenden Diskussion ging es vor allem um die Finanzierungsmöglichkeiten der Visionen, bspw. in Form einer vorgeschlagenen CO₂-Steuer auf importierte Waren. Von einigen TeilnehmerInnen als lukrative Einnahmequelle und konsumbeschränkende Maßnahme gegen „unnötigen“ Warenverkehr angesehen, setzten andere solch eine CO₂-Steuer mit Protektionszöllen gleich. Darüber hinaus herrschte Einigkeit, dass die Visionen und Handlungsempfehlungen angesichts der globalen Lage in Zukunft noch fordernder, ja radikaler ausfallen sollten.

Europäische Sozialpolitik – Solidarität in Zeiten europäischer Krisen

Im Zuge der Finanz- und Migrationskrise ist deutlich geworden, dass sich die EU auch in einer Solidaritätskrise befindet. Das vierte Panel der ALTEU!-Abschlusskonferenz diskutierte jedoch nicht nur die fehlende Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, sondern vor allem die im Manifest formulierte Forderung nach einer europäischen Sozialpolitik als Gegenmodell zu wieder aufkommenden nationalstaatlichen Egoismen. Das Konzept von ALTEU! zielt dabei auf drei Dimensionen der Solidarität ab: innerhalb der EU, im globalen Kontext sowie in Bezug auf alle Lebewesen und die Umwelt umfassend. So solle die Solidarität innerhalb der EU stärker auf den Abbau von Ungleichheiten zwischen den Mitgliedstaaten zielen, bspw. in Form einer europaweiten, länderspezifischen Grundsicherung. Die außereuropäische Solidarität solle sich verstärkt an den europäischen Grundwerten und -freiheiten orientieren und nicht die Verantwortung missachten, die Europa aus historischer Sicht und durch anhaltenden wirtschaftlichen Austausch gegenüber Drittländern hat. Die Ausweitung von Investitionsprogrammen auf Drittländer oder der Einsatz für gerechtere Arbeitsverhältnisse wären ein entscheidender Schritt in diese Richtung. Schließlich solle eine europäische Sozialpolitik einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen und alle Lebewesen sowie die Umwelt in den Fokus nehmen. Die Aufnahme von Tier- und

Umweltrechten ins Vertragswerk würde dieser Forderung gerecht werden.

Die PanelistInnen stimmten dem Manifest im Bereich einer europäischen Sozialpolitik im Sinne einer gemeinsamen Problembewältigung grundsätzlich zu, divergierten aber in der Bewertung von Kompetenzverlagerungen. So betonte *Gabriele Abels*, dass v.a. im Bereich der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern noch sehr viel mehr getan werden müsse. Die im Manifest genannten Krisen verdeutlichen, laut *Björn Hacker*, dass die EU ein gemeinschaftliches Problembewusstsein entwickeln müsse. *Marcus Faber* betonte, dass Solidarität v.a. auf einer gemeinsamen Identität basiere. Der Fokus der sich anschließenden lebhaften Debatte lag insbesondere auf den Gesichtspunkten der Identität und Legitimität. Abels betonte, dass Solidarität und Identität zwar in einem Zusammenhang stehen, sich jedoch nicht unmittelbar gegenseitig bedingen. Die Frage, ob eine europäische Identitätsbildung überhaupt möglich ist, wurde übereinstimmend positiv beantwortet. Allerdings verwiesen die DiskutantInnen auf die Existenz multipler Identitäten, zum Beispiel regionaler, nationaler und europäischer. Darüber hinaus sei für die Entwicklung einer europäischen Sozialpolitik und einer europäischen Identität auch die Dimension der Legitimität entscheidend. So lasse sich weder eine gemeinsame europäische Identität per Gesetz konstruieren noch eine grundsätzliche Ausweitung der Solidarität aller EU-Mitgliedstaaten ohne Einbeziehung der Bevölkerung legitimieren. Da unter den UnionsbürgerInnen unterschiedliche Grade an Solidaritätsbereitschaft erkennbar seien, plädierte Abels für ein Europa der zwei Geschwindigkeiten. Hacker ergänzte, dass differenzierte Integration jedoch nicht ausschließlich intergouvernemental geregelt werden dürfe, da diese Strukturen nicht ausreichend legitimiert seien. Um die EU-BürgerInnen besser in politische Prozesse einzubinden, sollten institutionelle Reformen zur stärkeren Parlamentarisierung der EU angestrebt werden.

Auf der Suche nach einer europäischen Identität?

Zu Beginn des zweiten Veranstaltungstages wurden die ALTEU!-Zukunftsvisionen mit Vorstellungen von Europa aus den 1950er Jahren verknüpft, wie sie anhand von Europafilmen dieser Zeit erkennbar sind.⁴ Beide zeitliche Dimensionen vereint die Suche nach einer europäischen Identität und die Frage nach einem geeigneten europäischen Narrativ, das als verbindendes Element der EuropäerInnen fungieren kann.

Manuel Gath verwies auf das bisherige Narrativ Europas als Friedensprojekt, das in dieser Form nicht mehr geeignet sei, um Zusammenhalt und eine gemeinsame Identität zu generieren. In Bezug auf die Diskussionen des Vortages unterstrich Gath aber die Bedeutung einer gemeinsamen Identität als Grundlage für innereuropäische Solidarität. Nur über eine gemeinsame Gruppenzugehörigkeit, Austausch und geteilte Erfahrungen sowie eine gelebte europäische Öffentlichkeit sei ein solcher Zusammenhalt zu erreichen. Während das Gründungsnarrativ vor allem für jüngere Generationen mittlerweile zu einer Selbstverständlichkeit geworden sei, würden Probleme und soziale Verwerfungen der Gegenwart dieses immer stärker herausfordern. Gleichzeitig machten die enge Verzahnung der europäischen Mitgliedstaaten sowie Interdependenzen zwischen ihnen deutlich, dass innereuropäische Solidarität heute wichtiger sei denn je. Dabei sei die Partizipation aller Bevölkerungsgruppen notwendig, um ein Gemeinschaftsgefühl zu schaffen. Die EU müsse ihren Status als Elitenprojekt ablegen und Partizipationsmöglichkeiten für alle erleichtern. ALTEU! begreife europäische Identität dabei als dynamisches Konstrukt, das ständigen Aushandlungsprozessen unterliegt.⁵ Wesentliche Frage hierbei sei, wie ein europäisches Narrativ nicht nur einzelne Gruppen

integrieren, sondern als übergreifendes Gerüst für eine gemeinsame Identitätsbildung aller fungieren könne.

Doris Pack wies darauf hin, dass eine bloße akademische Auseinandersetzung mit dem Begriff der europäischen Identität grundsätzlich in die falsche Richtung gehe und man immer berücksichtigen solle, dass es multiple Identitäten gibt. Ein fundamentales Problem seien jedoch die mangelnde europapolitische Bildung in Schulen und eine ungenügende Vermittlung Europas als gemeinsames Projekt. Pack stimmte mit Gath überein, dass die Möglichkeit der Partizipation für alle die wichtigste Voraussetzung für ein Gemeinschaftsgefühl sei. Mit einem Hinweis auf „Pulse of Europe“ stellte sie darüber hinaus die Frage, auf welchen Ebenen Partizipationsmöglichkeiten geschaffen werden könnten. Als Positivbeispiel nannte sie den European Voluntary Service, der enorm zu einer gemeinsamen Identitätsbildung beitrage. Darüber hinaus müsse auch über weitere Themen diskutiert werden, die gemeinschaftsfördernd wirken könnten. Der Juncker-Plan habe hier als Impulsgeber fungiert und wurde von Emmanuel Macron in seiner Grundsatzrede an der Sorbonne aufgegriffen. Auch müsse man stärker über Sanktionsmöglichkeiten gegen einige Mitgliedstaaten in Osteuropa diskutieren.

Christian Moos hob im Anschluss hervor, dass Solidarität wie auch Identität immer vielschichtig und wandelbar sind. Er machte jedoch deutlich, dass er das Problem nicht in mangelnden Partizipationsmöglichkeiten sehe, von denen es heute so viele gebe wie nie zuvor. Vielmehr verwies er auf eine allgemeine Vertrauenskrise, die in ihren Grundsätzen die Frage nach einer offenen Gesellschaft berühre, sowie auf die Frage nach liberaler oder illiberaler Demokratie. Zwar habe die Wahl Macrons neue Hoffnung gegeben, gleichzeitig

4 Gabriele Clemens (Hrsg.): Werben für Europa. Die mediale Konstruktion europäischer Identität durch Europafilme, Paderborn 2016.

5 Manuel Gath/Jule Könneke/Constantin Schäfer/Richard Steinberg/Susanne Zels: Eine Europäische Identität?, Alternative Europa!: Diskussionspapier 3/2017.

müsse bei der Lösungsfindung weiterhin auf Bürgernähe geachtet und auf Augenhöhe zwischen den Mitgliedstaaten diskutiert werden.

Mit Bezug zur Forderung nach mehr Bürgernähe wies *Alexander Freiherr Knigge* auf die guten Erfahrungen mit offenen Mikrofonen im Rahmen von „Pulse of Europe“ hin. In der schlechten politischen Großwetterlage (Brexit-Referendum, Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten etc.) seien viele Bevölkerungsgruppen politisch aktiv geworden, die sich vorher zurückgehalten hatten. Diese seien durch das offene Format der Demonstrationen mit einbezogen worden, was zu einer enormen Perspektiverweiterung geführt habe. Dies sei kein Patentrezept und nicht auf alle Ebenen zu übertragen, aber besonders für die wichtige Frage nach einer europäischen Zivilgesellschaft und darüber hinaus für die Entwicklung einer europäischen Identität elementar. Ergänzend hob *Gath* hervor, dass eine europäische Öffentlichkeit in ersten Ansätzen bereits existiere. Auch gebe es eine europäische Berichterstattung, die sich zum Beispiel in europäischen Journalistenbünden zu den sogenannten Panama-Papers oder Paradise-Papers widerspiegle. Zudem existierten Begegnungsräume wie z.B. durch die Möglichkeit eines Auslandsstudiums im Rahmen des Erasmus-Programms. Diese müssten aber erweitert werden, bspw. in Form eines europäischen Gemeindeaustauschs, bei dem sich Partnergemeinden gegenseitig Besuche abstatten. Pack stimmte dem zu und wies darauf hin, dass nur in einer gemeinsamen Diskussion europäische Identität mit all ihren Facetten verhandelt werden könne. Diese Diskussion müsse nicht nur innerhalb der Mitgliedstaaten, sondern zum Beispiel auch auf dem Balkan geführt werden.

Vision Slam zur Zukunft der Europäischen Union

In einem Vision Slam stellten abschließend die einzelnen Arbeitsgruppen von ALTEU! in

Kurzform die wichtigsten Visionen, Forderungen und Handlungsempfehlungen ihres Bereiches mithilfe innovativer Präsentationstechniken vor. Anhand kreativer Zeichnungen kritisierten *Anne Bruch* und *Tatjana Kuhn* die derzeitige menschenzentrierte Ausrichtung der europäischen Gesellschaft und Politik, die sich auch in der EU widerspiegle. Damit verbunden war ein radikaler Aufruf zum innovativen Konzept der „Lebenssicherheit“, das alle Lebewesen als Ausgangspunkt für weitere Überlegungen nimmt.⁶ Darauf aufbauend präsentierte *Constanze Aka* die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Nachhaltige Wirtschaft“, indem sie in einem Frage-Antwort-Spiel mit dem Publikum interagierte. Zwar bestehe in Europa ein breiter Konsens, im Klimaschutz tätig werden zu müssen, aber nur selten würden tatsächliche Versuche unternommen, genau zu durchdenken, was dieser vermeintliche klimapolitische Konsens in letzter Konsequenz auf allen Ebenen bedeute. Aka forderte eine Umorientierung von der derzeitigen Wegwerfgesellschaft hin zu einer Kreislaufwirtschaft. Mit viel Witz und untermalt von treffenden Bildern stellte *Carmen Gerstenmeyer* das Leitkonzept für eine EU-Außenpolitik der Zukunft vor: R2C, das eine Kombination aus ziviler und militärischer Verantwortung darstellt. Abschließend hob *Gath* in seiner Präsentation der Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Europäische Identität“ nochmals den engen Zusammenhang zwischen Solidarität und einer gemeinsamen Identität hervor. Am meisten überzeugten das Publikum jedoch die Inhalte und die Präsentation der Arbeitsgruppe „Europäische Außenpolitik“, die den Vision Slam für sich entscheiden konnte.

Insgesamt stießen die Visionen und Forderungen von „Alternative Europa!“ auf viel Zuspruch und konstruktive Kritik. Viele der angesprochenen Punkte zeigen, dass in der gemeinsamen Diskussion über die Zukunft Europas viel Potenzial liegt. Die Diskussions-

6 Anne Bruch/Tatjana Kuhn/Steffen Jäger: Das Konzept der Lebenssicherheit in Europa, Alternative Europa!: Diskussionspapier 4/2017.

punkte und aufgeworfenen Fragen geben wichtige Impulse für die Weiterentwicklung der ALTEU!-Zukunftsvisionen und sind ein

Startschuss für weitere, umfassende Diskussionen der Generation Zukunft über die Zukunft Europas.